

Die russische Debatte im Reichstag.

Reichstags-Sitzung vom 20. Februar. (Fortsetzung.)

Abg. Sebda (Pole): Wir hätten von dem Vertreter des Zentrums erwartet, daß er dem Vertrage nicht ohne weiteres zustimmen würde. (Sehr richtig! bei den Polen.) Alle die schönen Grundsätze von der Selbstbestimmung der Völker sind außer acht gelassen und aufs ärgste verletzt worden. Durch den Frieden mit der Ukraine hat man eine neue Teilung Polens vollführt. Dieses Gefühl herrscht im ganzen Polenlande, und überall dort, wo Polen wohnen. Sie haben ja das Echo gehört, obwohl die wichtigsten Stimmen von der Zensur unterdrückt worden sind. Sie wissen aber nicht, was in Lemberg, in Warschau und in Krakau geschieht ist. Die Erregung ist dort so groß gewesen, daß bereits Blut auf den Straßen geflossen ist. (Sörtl höril!) Es handelt sich nicht nur um Elemente, die im Fanatismus Unruhen gestiftet haben, die Erregung hat alle Kreise des polnischen Volkes umfaßt, vom niedrigsten bis zum höchsten. Der Redner verliest dann die Rundgebung des polnischen Regimentsrates an das polnische Volk. In ihr wird Einspruch dagegen erhoben, daß ein Stück polnischer Erde einem anderen Lande übergeben worden sei. Das Unrecht der zaristischen Regierung werde wiederholt. Das Abkommen sei als ein Akt der Gewalt gebrandmarkt. Der Redner sucht dann nachzuweisen, daß das Cholmer Land alter polnischer Besitz sei. Mit allen Mitteln habe man die Propaganda für die Ukraine gefördert und aus deutschen Gefangenenlagern Ukrainer von Dorf zu Dorf geschickt, um die Bevölkerung für die Ukraine günstig zu stimmen. Wir sind mit dem Vertrage nicht einverstanden. Er ist ein Instrument der Ungerechtigkeit und wird dem Deutschen Reiche nicht zum Segen gereichen. Hoffentlich wird der Vertrag nicht angenommen.

Abg. Dove (Upt.):

Der Wunsch des Vorredners hat zu meiner Freude keine Aussicht auf Erfüllung. Wir alle sind uns bewusst, daß wir eine deutsche Volksvertretung sind, und wir werden daher den Vertrag annehmen. (Beifall.) Hoffentlich verwirklichen sich recht bald die Hoffnungen, die wir alle an diesen ersten Friedensvertrag knüpfen. (Beifall.) Gegenüber dem neuen Funkspruch der Petersburger Regierung können wir uns dem Optimismus Dr. Davids nicht unbedingt anschließen. (Sehr richtig!) Der sich auf persönliche Bekanntschaft mit Trocki stützende Skeptizismus des Staatssekretärs scheint uns wohl begründet zu sein. Schon wenn wir daran denken, daß auf der Gegenseite Herr Radel zu den Kontrahenten gehört, wird bei uns Mißtrauen geweckt. (Sehr richtig!) Selbst wenn Herr Trocki wirklich den Frieden will, wer steht uns dafür, daß Herr Radel, der ganz andere Willensäußerungen von sich gegeben hat, nicht mächtiger ist? (Sehr richtig!) Also wir hegen die besten Hoffnungen, aber wir hüten uns vor zu frühen Prophezeiungen. Wir leben im Augenblick im Osten nur einen Trümmerhaufen, auf dem infolge des zaristischen Regiments eine Jahrhunderte alte Kultur begraben liegt. Um so größer ist die Freude, wenn aus diesem Trümmerhaufen einzelne Inseln auftauchen, die als künftige Staatsgebilde angesprochen werden können. Mögen sie im einzelnen noch unvollkommen sein, sie berechtigen jedenfalls zu den besten Hoffnungen. Ein solches Staatsgebilde ist die junge Volksrepublik der Ukraine.

Es ist nicht nur eine maßlose Uebertreibung, sondern es bedeutet ein Auf-den-Kopf-Stellen der Wahrheit, wenn man jetzt von einer neuen Teilung Polens spricht. (Sehr richtig!) Worin haben die bisherigen Teilungen Polens bestanden? Darin, daß polnisches Staatswesen ausgelöscht und polnisches Land unter die Nachbarn verteilt wurde. Dieser Krieg aber hat zuwege gebracht, daß überhaupt erst ein polnisches Staatswesen wieder entstehen konnte. (Sehr richtig!) Die Polen haben alles Interesse daran, an dem Ausbau dieses Staatswesens mit uns zusammenzuarbeiten, sie sollten sich nicht dauernd auf die Gegenseite schlagen. Zu einer besonderen Aufregung wegen des Cholmer Gebietes besteht gar keine Veranlassung, denn die Grenze ist noch nicht endgültig, und sehr wohl kann den berechtigten Wünschen der dortigen Einwohner im Rahmen des Friedensvertrages noch Rechnung getragen werden. Daher ist es auch vom polnischen Standpunkt aus falsch, über diesen Vertrag den Stab zu brechen. Eine Verächtlichmachung des Nationalitätenprinzips wünschen auch wir, zumal wir jetzt sehen, was unsere Brüder in Oesterreich zu erdulden haben. Gerade diese Ereignisse lassen uns niemals vergessen, daß Sinn und Inhalt der deutschen Entwicklung in der Neuzeit die Entwicklung zum Nationalstaat sein muß, dessen Interesse für uns in erster Linie maßgebend sein muß. (Sehr richtig!) Das führt aber auch dahin, daß wir keine weitere Belastung mit fremden Elementen in unserem Reiche vertragen können. (Sehr richtig! links u. im Zentrum.) Hier geben wir Dr. David in jedem Punkte recht.

Auch uns ist aufgefallen, daß der Vertrag von einem Vertreter der Obersten Heeresleitung mitunterzeichnet worden ist. Gewiß muß die Oberste Heeresleitung als Sachverständige mitsprechen, weil beim Frieden ja auch militärische Gesichtspunkte in Betracht kommen. Aber wir müssen entschieden dagegen Verwahrung einlegen, daß nun aus militärischen Rücksichten ganze Teile aus den neuen Gebieten herausgeschliffen und zum Deutschen Reiche geschlagen werden. (Lebh. Zutr. links u. i. Zentr.) Wir würden damit bei uns all die unglückseligen Verhältnisse schaffen, die wir in Oesterreich-Ungarn erleben, wozu bei uns noch das wirklich nicht übertriebene Geschick käme, mit fremden nationalen Bestandteilen umzugehen. (Sehr richtig!) Wir legen daher entscheidendes Gewicht darauf, daß wir es in diesen Fragen allein mit dem uns verantwortlichen Reichskanzler oder seinem Stellvertreter zu tun haben. Das muß auch bei den Verhandlungen über Friedensverträge zum Ausdruck kommen.

Das das neueste Friedensangebot der Bolschewiki anlangt, so würden wir uns gewiß alle freuen, wenn wir auch mit Großrußland zum Frieden kämen. Aber wenn wir den Herren in Petersburg voll vertrauen sollen, so müssen sie den Worten erst einmal die Tat folgen lassen. (Sehr richtig!) Wir sehen, wie sie noch heute mit Feuer und Schwert in den Randstaaten umgehen. Deshalb müssen wir verlangen, daß hier zunächst einmal Ruhe geschaffen wird. Erst dann werden wir zum Frieden kommen können. Der Hauptwert des ganzen Vertrages liegt für uns darin, daß er uns den Glauben an die Menschheit wieder fassen läßt, daß er uns das Ziel, mit anderen Völkern zusammen an den eigentlichen Aufgaben des Menschengeschlechtes zu arbeiten, in dieser langen Kriegszeit zum erstenmal wieder vor Augen führt. (Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (Matl.):

Dem Dank des Abg. Gröber, den wir zu unserer Freude wieder in voller körperlicher und geistiger Frische unter uns sehen, über den Abschluß des ukrainischen Friedensvertrages, schließen wir uns an. Wir danken dem Staatssekretär Kühlmann und seinen Mitarbeitern für die Entschiedenheit, Fähigkeit und diplomatische Geschicklichkeit und das Pflichtgefühl, das sie bei den Ver-

handlungen in Brest bewiesen haben. Sie haben mit Geduld bis zum letzten ausgeharrt, obwohl sie manchmal ihre Nerven zusammennehmen mußten, und haben den Reich bis zur Reize geleert.

Die Unterzeichnung des Vertrages durch den General Hoffmann als Vertreter der Obersten Heeresleitung, steht in einem gewissen Widerspruch dazu, daß in der Einleitung des Vertrages als einziger Vertreter der deutschen Regierung Herr v. Kühlmann genannt ist. Ueber diese formale Frage werden wir ja noch Ausschluß erhalten. Wenn wir uns an reale Tatsachen halten, dann haben wir in erster Linie der deutschen Obersten Heeresleitung den Dank dafür auszusprechen, daß wir überhaupt zu einem Frieden mit der Ukraine gekommen sind. (Lebhafte Beifall.) Wenn weitere Friedensverhandlungen stattfinden, muß die deutsche Reichsleitung einheitlich lediglich durch Bevollmächtigte des Deutschen Reiches vertreten sein. Alle Wünsche und Ansprüche einzelner Bundesstaaten auf irgend eine Sondervertretung sind abzulehnen. (Sehr richtig!) Wir wollen doch der Welt gegenüber als Deutsches Reich verhandeln und nicht noch Bevollmächtigte als preussisch und bayerisch abstempeln.

Vorbedingung für weitere Friedensverhandlungen ist die restlose Räumung von Livland und Estland,

die sofortige Freilassung aller von den Petersburger Gewaltgehabern gefangen gehaltenen deutschen Eken und Letten, unbedingte Räumung und Anerkennung der Selbstständigkeit Finnlands und die Anerkennung des Friedensschlusses mit der Ukraine. Solange die Russen ihren Worten nicht die Taten folgen lassen, wäre es ein Verbrechen, wenn unsere militärischen Maßnahmen auch nur im geringsten eingeschränkt würden. (Zustimmung.)

Die Stellung unserer Unterhändler ist durch manche Kundgebungen von sozialdemokratischer Seite und durch Politiker wie Professor Hoehsch und Georg Bernbard nicht gerade gestärkt worden. Wir glauben, daß unsere Vertreter im richtigen Augenblick die Ukraine gegen Trocki ausgespielt haben. Seit dem 5. November 1918 besteht ein einheitliches Rußland nicht mehr, und man mag die Poleaproklamation bedauern oder nicht, sie ist einmal da. Die Anhänger eines Kontinentalbündnisses trennen sich, wenn sie nach diesem Kriege an ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland glauben.

Was haben die Polen bisher getan, um sich unsere Sympathien zu erwerben? Ich verweise nur auf das polnische Aufreten im Abgeordnetenhaus. Für uns darf nur das deutsche Interesse maßgebend sein. Für Deutschland haben die Polen keine Armee aufgebracht. Jetzt aber wollen sie eine polnische Armee für Rußland gegen die uns befreundete Ukraine aufbringen. Das ist zu viel (Stürm. Beifall und Händelklatschen auch auf den Tribünen.) Wir wollen kein Stück polnisches Bodens dem Reiche angliedern, wenn es strategisch nicht notwendig ist. Wir kennen die größeren Ernährungsschwierigkeiten in Oesterreich und haben daher nicht eigenwillig auf die uns vertraglich zustehenden sieben Büffel der rumänischen Ernte bestanden. Jetzt sind große Wehlendungen nach Wien angegangen. Dann möge die Regierung in Wien aber auch dafür sorgen, daß dort nicht alles auf den Kopf gestellt wird. Errieter Mäher haben geschrieben, die Lebensmittelknappheit käme daher, daß Deutschland die rumänische Ernte für sich beansprucht.

Die Greuel in den Ostprovinzen können wir nicht dulden, wir wären sonst kein Volk von Ehre. (Beifall.) Wir wollen nicht den völligen Anschluß an Deutschland, aber wir wollen das Deutschum in den dortigen Gebieten militärisch, kulturell und ökonomisch schützen. Wir stehen jetzt vor der letzten großen Kraftanstrengung im Westen. Hoffentlich bringt sie uns den endgültigen Sieg. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Konl.):

Auch wir begrüßen den Friedensschluß mit der Ukraine als den ersten Schritt zum allgemeinen Frieden. Auch wirtschaftlich wird er uns ein großes Stück weiter bringen. Mit Befriedigung können wir auch im Hinblick auf unsere Bundesgenossen auf den Vertrag blicken. Die Art und Weise, wie der polnische Regentenschaftsrat an der Uebertragung des Cholmer Landes Kritik geübt hat, läßt die politische Reife vermessen, die man von erwachsenen Männern und von einem Volke erwarten muß, das seine Geschicke selbst lenken will. Maßgebend ist allein die politische Auffassung des deutschen Interesses.

Durch Fehler der Berichterstattung sind manche Enttäuschungen hervorgerufen worden. Der schlimmste Fehler war der Bericht vom 11. Februar, als W. L. B. lediglich die Erklärung Trockis veröffentlichte, ohne den Vorbehalt der deutschen Regierung.

Jetzt handelt es sich um militärische Aktionen. Die Hauptaufgabe ist, Klarheit zu schaffen. Immer wieder wird gesagt, wir Konventionen wünschten die Verlängerung des Krieges. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich kann mir keinen vorliegenden und gefährlicheren Vorwurf denken. Dr. David hat sogar behauptet, die alldeutsche Presse habe Gott auf den Knien gedankt, daß die Feinde das Friedensangebot nicht angenommen haben. Für eine solche Behauptung steht mir jeder parlamentarische Ausbruch. (Sehr richtig! rechts!) Das ist eine unerhörte frivole Beleidigung. (Lebhafte Zurufe der Soz. Rufe: Unerschämtheit! Schamloser Geselle!) — Vizepräsident Dove ruft den Zwischenrufer zur Ordnung. Wir wollen ebenso wie Sie, daß dem deutschen Volke der Frieden wieder gegeben wird. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über die Mittel, die zum Frieden führen. Sie wählen die verlegende Form, wenn Ihnen die Wegegründe fehlen. Nicht das Winkeln nach Frieden brimt uns dem Frieden näher, sondern die Taten des Schwertes. (Beifall rechts.)

Der Redner schildert die bolschewistischen Greuelthaten in den baltischen Ländern. Für die dortigen Deutschen hat die letzte Stunde geschlagen, wenn wir sie nicht retten. Eine Jahrhunderte alte deutsche Kultur ist dem Untergang geweiht, wenn wir nicht eingreifen. Es ist eine Pflicht der Ehre und der Menschlichkeit, ihr zu helfen. (Beifall rechts.) Ich bitte den Staatssekretär, in Verhandlungen mit den Bolschewisten nicht eher einzutreten, bis volle Sicherheit gegeben ist, daß die russische Regierung Livland und Estland vollständig räumt. (Sehr richtig! rechts!) Voraussetzung für jede weitere Friedensverhandlung ist auch, daß Finnland und die Ukraine geräumt werden.

Die Polen konnten im offenen, ehrlichen Anschluß an Deutschland ihre Selbständigkeit erklämpfen. Diese Gelegenheit haben sie verfaßt. Meine Hoffnungen, daß ein Polenreich entstehen wird, mit dem wir ehrlich zusammenarbeiten können, waren gering. Sie sind durch die Ereignisse noch enttäuscht worden. Wir haben mit der Möglichkeit feindlicher Bestrebungen jenseits der Grenze zu rechnen. Darum muß die polnische Frage nach den Rücksichten der eigenen militärischen Sicherung der Ostgrenze erfolgen. Hier ist uns einfach das Urteil der Obersten Heeresleitung maßgebend.

Die Namen Hindenburg und Ludendorff sind mit unvergänglichen Lettern in die Kriegsgeschichte aller Zeiten eingetragen. Sie haben den Befähigungsnachweis erbracht, daß sie beurteilen können, was an der Grenze militärisch notwendig ist. Man hat

benämigt, daß General Hoffmann den Friedensvertrag unterzeichnet hat. Nach unserer Meinung wird kein Friede im deutschen Volke verstanden werden, der nicht moralisch wenigstens die Unterschriften von Hindenburg und Ludendorff trägt. (Beifall rechts.)

Abg. v. Salem (D. Fr.): Es wäre erfreulich, wenn durch die Ukraine die Ernährung unseres Volkes erleichtert würde. Mit der Nachprüfung der Cholmer Grenze durch eine gemischte Kommission sind wir einverstanden.

Abg. Lebedour (U. Soz.): Herr v. Kühlmann hat gestern im Ausschuß die Polen in einem Tone heruntergeranzelt, wie sie es nur in ihrer Militärszeit gehört haben werden. Jetzt hat unsere Regierung zu beweisen, ob sie einen Frieden ehrlich will, indem sie sofort den Einmarsch der Truppen einstellt. (Hol-Rufe rechts.) Dr. Stresemann hat es offen ausgesprochen, daß er für Angleicherungen anderer Gebiete ist, wenn die beiden Halbgetier Hindenburg und Ludendorff es verlangen. (Lebhafte Unruhe — Vizepräsident Dr. Passche ruft den Ausbruch. Zurufe der U. Soz.: Götzenbilder! — Lebhafte allgemeine Unruhe. — Der Vizepräsident weist auch diesen Ausbruch zurück.) Ich werde also die beiden Herren nicht mehr über das menschliche Maß hinaus preisen. Der Vertrag mit der Ukraine ist für uns durchaus unannehmbar. Wenn Sie uns den Friedensschluß überlassen würden, über den sich noch Ihre Kindesfinder freuen würden.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) weist die Vorwürfe des Grafen Westarp gegen die Polen zurück. Die Polen haben in allen Kriegen für das Deutsche Reich geblutet. Wir hoffen, daß es auch unter den Nationen zu einem Selbständigkeitsfrieden kommen wird. Auch die Polen wollen als selbständige Nation an den allgemeinen Menschheitsaufgaben mitarbeiten.

Staatssekretär v. Kühlmann

Ich gebe Auskunft darüber, weshalb General Hoffmann als Vertreter der Obersten Heeresleitung den Friedensvertrag mit unterzeichnet hat. Bei den vorbereitenden Erwägungen für die Zusammenfassung der Delegation für die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk war es dem Reichskanzler klar, daß in irgendeiner Weise eine Vertretung der Obersten Heeresleitung bei den Verhandlungen geschaffen werden mußte. Das ergab sich schon aus der organischen Verknüpfung der Waffenstillstandsverhandlungen, bei denen die Militärs im Vordergrund standen und bei denen die auswärtige Politik durch einen Delegierten vertreten war, mit den Friedensverhandlungen. Diese Verknüpfung war so innig, daß die weitere Vertretung der Obersten Heeresleitung bei den Friedensverhandlungen, die sich unmittelbar anschlossen, als absolute Notwendigkeit erschien. Dazu kam die Tatsache, daß die Verhandlungen zu einer Zeit stattfanden, wo auf einer Reihe von anderen Fronten der Weltkrieg weiter tobte, und ferner daß der Verhandlungsort vom Sitz der Zentralregierung in Berlin sowie von dem der Obersten Heeresleitung im Felde räumlich weit entfernt war. Deshalb erschien es unbedingt nötig, einen Vertreter der Obersten Heeresleitung am Orte der Friedensverhandlungen zu haben, der sofort die Stellungnahme der Obersten Heeresleitung zu den Fragen, die in sein Ressort einschlugen, geben konnte. Auf Vortrag des Reichskanzlers befohl der Kaiser, die Oberste Heeresleitung möchte bei den Brest-Litowsker Friedensverhandlungen durch einen bevollmächtigten Delegierten vertreten sein. Dieser Delegierte sollte im Einvernehmen und nur im Einvernehmen mit dem politischen Leiter der Delegation an den Verhandlungen teilnehmen, im Einvernehmen mit ihm die Verhandlungen eingreifen und auf Allerhöchsten Befehl die wichtigen Dokumente, welche das Ergebnis dieses Vertrages verkörpern würden, mit unterzeichnen.

Aus meiner Erfahrung in diesen Verhandlungen kann ich sagen, daß dieser Mechanismus sich sehr gut bewährt hat. Daß General Hoffmann nicht, wie es heute auch wieder angeregt worden ist, Bevollmächtigter sein könnte, ergibt sich lediglich aus dem Gefagten. Wäre er, wie zum Beispiel ein Offizier einer verbündeten Macht, bevollmächtigt gewesen, so hätte er einfach die Instruktionen des Reichskanzlers auszuführen gehabt, hätte also gerade die Funktionen, für welche seine Gegenwart notwendig war, nicht ausüben können. Uebrigens ist diese Anordnung in der Form, die bei General Hoffmann gewählt ist, nichts Neues. Bei drei Friedenskonferenzen im Haag hat der Kaiser seinerzeit Delegierte der Armee und der Marine ernannt, die im Schlußprotokoll der Konferenz ausdrücklich als Militär- und Marine-delegierte aufgeführt sind. Auch diese Herren waren damals nicht politisch bevollmächtigt im Sinne eines geschäftsführenden Unterhändlers. Damals war aus denselben Gründen, die jetzt zu dieser Formation geführt haben, derselbe Ausweg gewählt worden. Er hat sich durchaus bewährt, und ich nehme an, daß der Reichskanzler beabsichtigt, bei weiteren Verhandlungen dem Kaiser den gleichen Modus in Vorschlag zu bringen.

Damit schließt die Aussprache. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Dr. David und Graf Westarp.

Der Ukraine-Vertrag wird darauf dem Hauptauschluß überwiesen.

Die bevölkerungspolitischen Geleize.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, und eines Gesetzes zur Verhinderung des Geburtenrückganges.

Staatssekretär Wallraf: Angesichts der schweren Verluste, die das ungeheure Völkerringen auch unserem Volke verursacht hat, sind die durch die gegenwärtigen Verlagen in Angriff genommenen Fragen der Bevölkerungspolitik von großer Bedeutung für unsere ganze Zukunft. Der Kampf mit ethischen Mitteln reicht nicht aus. Wir hoffen, daß ein baldiges Gelingen der Vorlagen eine gute Vorbedeutung für die Erledigung derjenigen Aufgaben sein werde, die wir in umfassenderer und mehr schöpferischer Weise auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik in anstrengender Arbeit zu lösen haben werden.

Auf Antrag des Abg. v. Callier (natl.) wurden die beiden Gesetzentwürfe an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik verwiesen. Die Anträge dieses Ausschusses zum Schutze von Mutter und Kind wurden angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Antrag auf Sanktionierung des Abg. Dittmann. Zweite und dritte Lesung des Ukrainevertrages. Bericht des Ausschusses über Militärisches.

Schluß 7 Uhr.

Zu dem Bericht über die Dienstag-Sitzung des Hauptauschusses teilt uns Abgeordneter Fischbeid mit, er habe nicht geäußert, seine Partei begrüße den Friedensvertrag mit der Ukraine weniger mit Freuden, vielmehr habe er tatsächlich gesagt: „Meine Partei begrüßt den Vertrag mit Freuden.“